**ALLGEMEINE PRÜFUNGS- UND STUDIENORDNUNG
für Bachelor- und Masterstudiengänge
an der Technischen Universität München**

Vom 15. Oktober 2007

Aufgrund von Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 58 Abs. 1 Satz 1 und Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) erlässt die Technische Universität München folgende Satzung:

Vorbemerkung zum Sprachgebrauch:

1. *Nach Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten daher für Frauen und Männer in gleicher Weise.*
2. *Der in dieser Satzung verwendete Begriff „Aushang“ (Synonyme: schwarzes Brett,...) macht keine Aussage über das einzusetzende Medium. Medien für Aushänge können sowohl Papier als auch Ausgabegeräte von DV-Systemen sein. Rechtsverbindliche Mitteilungen sind über Medien zu machen, die allen Adressaten ohne Schwierigkeit zugänglich sind.*
3. *Der in dieser Satzung verwendete Begriff „Formular“ (Synonyme: Formblatt, ...) macht keine Aussage über das einzusetzende Medium. Medien für Formulare können sowohl Papier als auch Bildschirmmasken von DV-Systemen sein.*
4. *Die Bezeichnung „Prüfungsamt“ bezieht sich auf die örtlich zuständige Abteilung des Prüfungsamtes der TU München.*
5. *Einzelne, in dieser Satzung verwendete Begriffe werden auch ausführlich im Glosar „Verwendung einheitlicher Begriffe und Bezeichnungen für Bachelor- und Masterstudiengänge“ definiert und können im Internet im Dienstleistungskompass der TUM unter „http://portal.mytum.de/archiv/kompodium_rechtsangelegenheiten/bologna-prozess/folder_-listing.“ nachgelesen werden.*

Inhaltsverzeichnis:

Präambel

I. Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich der Allgemeinen Prüfungs- und Studienordnung
- § 2 Zweck der Prüfung
- § 3 Abschlussgrade

II. Dauer, Struktur, Studienablauf, Fristen

- § 4 Studienfachberatung
- § 5 Studienbeginn
- § 6 Modularisierung, Modulprüfung
- § 7 ECTS
- § 8 Lehrveranstaltungen
- § 9 Regelstudienzeiten
- § 10 Prüfungsfristen, Studienfortschrittskontrolle, Fristversäumnis

III. Form der Modulprüfung

- § 11 Art und Zeitpunkt der Prüfung
- § 12 Schriftliche, zeichnerische, sportpraktische Prüfung
- § 13 Mündliche Prüfung

IV. Durchführung der Prüfung

- § 14 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen
- § 15 Anmeldung zur Prüfung, Belegung von Modulen
- § 16 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen
- § 17 Bewertung der Prüfungsleistungen
- § 18 Abschlussarbeit
- § 19 Nachteilsausgleich
- § 20 Schutzfristen nach dem Mutterschutzgesetz, Erziehungsurlaub
- § 21 Mängel im Prüfungsverfahren
- § 22 Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 23 Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen
- § 24 Wiederholung von Prüfungen
- § 25 Zeugnis und Einsicht in die Prüfungsakten
- § 26 Urkunde und Diploma Supplement, Transcript of Records
- § 27 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 28 Aberkennung des Abschlussgrades

V. Prüfungsorgane und Prüfungsverwaltung

- § 29 Prüfungsausschuss, Prüfende, Prüfungsamt
- § 30 Punktekonto
- § 31 Mitteilung des Prüfungsergebnisses, Mitwirkungspflichten des Studierenden

VI. Schlussvorschriften

- § 32 Übergangsbestimmungen
- § 33 In-Kraft-Treten

- Anlagen:**
- Anlage 1 Muster-Urkunde Bachelor
 - Anlage 2 Muster-Urkunde Master
 - Anlage 3 Muster Zeugnis Bachelor
 - Anlage 4 Muster Zeugnis Master
 - Anlage 5 Diploma Supplement
 - Anlage 6 Transcript of Records
 - Anlage 7 Rechtsbehelfsbelehrung

Präambel

¹Die Technische Universität München (TUM) steht weltweit für wissenschaftsgetriebene Ausbildung auf höchstem Niveau. ²Diesem Grundsatz ist die TUM auf der Basis der neuen gestuften, international orientierten Studienstruktur verpflichtet. ³Mit dem Ziel, die Transparenz des Studiums an der TUM für Lehrende wie Lernende im In- und Ausland sicherzustellen und damit ihre Wahrnehmung als wissenschaftliche Ausbildungsstätte von internationalem Rang zu unterstreichen, gibt sich die TUM folgende Allgemeine Prüfungs- und Studienordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge.

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich der Allgemeinen Prüfungs- und Studienordnung

- (1) Die Allgemeine Prüfungs- und Studienordnung für Bachelor- und Masterstudiengänge an der Technischen Universität München (APSO) enthält die allgemeinen Verfahrensvorschriften, die für alle an der Technischen Universität München abgehaltenen Prüfungen in Bachelor- und Masterstudiengängen gelten, sowie allgemeine Angaben zur Studienplanung.
- (2) Die Fachprüfungs- und Studienordnungen (FPSO) regeln die studiengangsbezogenen Voraussetzungen für die Zulassung zu den Prüfungen, die Prüfungsanforderungen sowie den Studienverlauf. Sie müssen insbesondere regeln:
 1. die Qualifikationsvoraussetzungen für den jeweiligen Studiengang,
 2. Auflistung der zu belegenden Module (Studienplan),
 3. Gegenstände der Prüfung und die Anforderungen in der Prüfung,
 4. die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung, für den Erwerb der Zulassungsvoraussetzungen und deren Wiederholbarkeit,
 5. die Regeltermine für die Abschlussprüfung sowie studienbegleitenden Prüfungen
 6. die Anzahl der Studiensemester, nach der die Abschlussprüfung in der Regel vollständig abgelegt sein kann (Regelstudienzeit) und den Umfang der erforderlichen Lehrveranstaltungen,
 7. die Form der Prüfung,
 8. die Bearbeitungszeiten für die Anfertigung schriftlicher Prüfungsarbeiten,
 9. die Ermittlung des Prüfungsgesamtergebnisses,
 10. die Wiederholung der Prüfung,
 11. den nach bestandener Prüfung zu verleihenden akademischen Grad.
- (3) Ergibt sich, dass eine Bestimmung einer FPSO für Bachelor- oder Masterstudiengänge mit der APSO nicht vereinbar ist, so hat die APSO Vorrang.

§ 2

Zweck der Prüfungen

- (1) Durch die Grundlagen- und Orientierungsprüfung (GOP), sofern diese in einer FPSO vorgesehen wird, wird festgestellt, ob der Studierende über das Grundwissen für das Fachgebiet verfügt und für das Studium geeignet ist.
- (2) ¹Die Bachelorprüfung bildet einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums. ²Durch die Prüfung wird festgestellt, ob der Studierende die wissenschaftlichen Grundlagen

des Fachgebiets beherrscht, Methodenkompetenz sowie berufsfeldbezogene erste Qualifikationen erworben hat und auf einen frühen Übergang in die Berufspraxis vorbereitet ist.

- (3) ¹Die Masterprüfung bildet den berufs- und forschungsqualifizierenden Abschluss des Masterstudiums. ²Durch sie soll festgestellt werden, ob der Studierende die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat, ob er die Zusammenhänge seines Faches überblickt und ob er die Fähigkeit besitzt, nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu arbeiten.

§ 3 Abschlussgrade

- (1) Aufgrund der bestandenen Bachelorprüfung wird der akademische Grad „Bachelor of Science“ („B.Sc.“), „Bachelor of Arts“ (B.A.) oder „Bachelor of Education“ („B.Ed.“) gemäß der jeweiligen FPSO verliehen.
- (2) Aufgrund der bestandenen Masterprüfung in einem konsekutiven Masterstudiengang wird der akademische Grad „Master of Science“ (M.Sc.) oder „Master of Arts“ (M.A.)“ oder „Master of Education“ („M.Ed.“) gemäß der jeweiligen FPSO verliehen.
- (3) ¹Diplom und Master der Technischen Universität München sind gleichwertige wissenschaftliche Abschlüsse und berechtigen grundsätzlich zur Promotion im Rahmen der Allgemeinen Bestimmungen der Promotionsordnung der Technischen Universität München in der jeweils geltenden Fassung. ²In ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen wird nach einem konsekutiven Bachelor- und Masterstudium in den Urkunden die Gleichwertigkeit zwischen dem akademischen Grad „Diplom-Ingenieur Univ.“ und dem akademischen Grad „Master of Science“ bestätigt.
- (4) Für weiterbildende Masterstudiengänge und solche, die nicht-konsekutiv sind, können gemäß der jeweiligen FPSO andere Abschlussgrade als die in Abs. 2 genannten verliehen werden.
- (5) Der akademische Grad kann mit dem Hochschulzusatz „(TUM)“ geführt werden, um die Identifizierung mit der Technischen Universität München und ihren Qualitätsstandards zu ermöglichen.

II. Dauer, Struktur, Studienablauf, Fristen

§ 4 Studienfachberatung

¹Die Studienfachberatung wird in der Verantwortung der Fakultät bzw. Studienfakultät durchgeführt, der der Bachelor- oder Masterstudiengang zugeordnet ist. ²Den Studierenden wird empfohlen, die Studienfachberatung insbesondere

- nach nicht bestandenen Prüfungen,
- im Falle eines Studiengangswechsels oder
- bei Übergang von anderen Hochschulen zur Technischen Universität München

in Anspruch zu nehmen.

§ 5 Studienbeginn

¹Studienbeginn für einen Bachelorstudiengang an der Technischen Universität München ist grundsätzlich im Wintersemester. ²Studierende, die bereits in demselben, einem verwandten oder einem anderen Studiengang anrechenbare Leistungen erbracht haben und die in ein höheres Fachsemester eingestuft werden (Quereinsteiger), können abweichend von Satz 1 zum Sommersemester beginnen. ³In diesem Fall hat der Studierende entsprechende Umstellungen im Studienplan vorzunehmen. ⁴Der Studienbeginn für einen Masterstudiengang ist in der jeweiligen FPSO festzulegen.

§ 6 Modularisierung, Modulprüfung

- (1) ¹Das Fachstudium ist modular aufgebaut. ²Ein Modul besteht aus einer oder mehreren inhaltlich und zeitlich aufeinander abgestimmten Lehrveranstaltungen im Sinne von § 8. ³Module können sich aus verschiedenen Lehrformen (wie z.B. Vorlesung, Übung, Praktikum, Projektarbeit) und Lernformen (wie z.B. Selbststudium, Fernstudium, Hausarbeit) zusammensetzen. ⁴Ein Modul soll so konzipiert werden, dass es im Regelfall innerhalb eines Semesters absolviert werden kann. ⁵Es kann sich auch über ein Studienjahr erstrecken, wenn dies aus inhaltlichen Gründen erforderlich ist. ⁶Inhaltliche und organisatorische Fragen zu Modulen werden von der Fakultät bzw. Studienfakultät geregelt. ⁷Prüfungsrechtliche Festlegungen sind mit dem Prüfungsausschuss abzustimmen.
- (2) ¹Das Studium besteht aus Pflichtmodulen, Wahlpflichtmodulen und/oder Wahlmodulen. ²Ein Pflichtmodul ist von allen Studierenden zu belegen, die dazugehörige Prüfung muss bestanden sein. ³Bei einem Wahlpflichtmodul können die Studierenden innerhalb eines thematisch eingegrenzten Bereichs im Umfang von in der jeweiligen FPSO festzulegenden Credits auswählen und müssen dann das Wahlpflichtmodul mit der dazugehörigen Modulprüfung bestehen. ⁴Bei einem Wahlmodul können die Studierenden innerhalb eines in der jeweiligen FPSO zu definierenden Bereichs und Credit-Umfangs auswählen. ⁵Bei Nichtbestehen kann das Wahlmodul durch ein anderes Modul innerhalb der jeweiligen Regelstudienzeit und Überschreitungfrist ersetzt werden. ⁶Die Anzahl und die Ausgestaltung der verschiedenen Modulformen ist in der FPSO zu regeln. ⁷Insbesondere sind in dieser alle Module aufzuführen, bei denen keinerlei Wahlmöglichkeiten bestehen, so dass ein erfolgreicher Studienabschluss deren Bestehen voraussetzt. ⁸Bei Änderungen oder im Falle von § 8 Abs. 3 APSO ist hierüber ein Beschluss des Prüfungsausschusses herbeizuführen.
- (3) ¹Module müssen immer ganzzahlige Credits aufweisen. ²Sie dürfen 2 bis 10 Credits umfassen. ³In begründeten Ausnahmefällen ist auch ein Modulumfang bis zu 20 Credits zulässig, wobei sich in diesem Fall das Modul über ein Studienjahr erstrecken muss. ⁴Ferner sind höhere Creditzahlen nur zulässig für Module, in die die Abschlussarbeit integriert ist oder die besondere Formen von Praktika oder Projektarbeiten umfassen. ⁵Für die Anfertigung der Bachelor's Thesis sind 6 bis 12 Credits, für die Anfertigung der Master's Thesis 30 Credits festzulegen. ⁶Für weiterbildende Masterstudiengänge kann der Bearbeitungsumfang der Master's Thesis 15 bis 30 Credits betragen.
- (4) ¹Ein Modul wird in der Regel mit einer schriftlichen oder mündlichen, studienbegleitenden Modulprüfung abgeschlossen. ²Diese Prüfung kann in einer Prüfungsleistung, in einer Studienleistung oder in einer Kombination aus einer Prüfungs- und einer beziehungsweise mehrerer Studienleistungen bestehen. ³Neben dieser Modulprüfung können während der

Lehrveranstaltungen Hausarbeiten oder Mid-Term-Klausuren verlangt werden. ⁴Näheres, insbesondere Anzahl, Art und Umfang dieser Nachweise sowie deren jeweilige Gewichtung bei der Ermittlung der Modulnote werden von den Prüfenden im Benehmen mit dem Prüfungsausschuss festgelegt und sind spätestens vier Wochen vor Vorlesungsbeginn in geeigneter Weise den Studierenden bekannt zu geben.

- (5) ¹Eine Prüfungsleistung wird benotet. ²Eine Studienleistung wird als „mit Erfolg“ oder als „ohne Erfolg“ bewertet. ³Studien- oder Prüfungsleistungen dürfen in einem Modul nicht Zulassungsvoraussetzung für eine andere im Modul abzulegende Prüfungsleistung sein.
- (6) Eine Modulprüfung ist studienbegleitend, wenn sie im Anschluss an die letzte Lehrveranstaltung des Moduls vor Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters angeboten wird.
- (7) Im Modulhandbuch sind universitätseinheitlich für jedes Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlmodul die gemäß den Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz erforderlichen Beschreibungen festzuhalten.

§ 7 ECTS

¹Der Umfang der zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen errechnet sich aus der Anzahl der in Credits gemessenen Arbeitsbelastung des Studierenden für das jeweilige Modul und deren Akkumulation gemäß dem European Credit Transfer System (ECTS). ²Der Erwerb von Credits setzt eine erfolgreiche Teilnahme an Modulen voraus. ³Sie können nicht für eine bloße Teilnahme an Modulen vergeben werden, sondern ihre Vergabe setzt den Nachweis einer erfolgreich abgelegten Modulprüfung voraus. ⁴Credits sind ein quantitatives Maß für die Gesamtarbeitsbelastung des Studierenden. ⁵Ein Credit entspricht einer Arbeitszeit von 30 Stunden. ⁶Pro Semester sind in der Regel 30 Credits zu vergeben.

§ 8 Lehrveranstaltungen

- (1) ¹Ziele und Inhalte des Studiums werden durch die in der FPSO vorgesehenen Lehrveranstaltungen mit deren Lehrformen vermittelt. ²An der Technischen Universität München können insbesondere folgende Lehrveranstaltungen in der FPSO vorgeschrieben werden:

1. Vorlesungen,
2. Übungen,
3. Seminare,
4. Kolloquien,
5. Praktika,
6. Exkursionen.

- (2) ¹Alle Lehrveranstaltungen sind Modulen zugeordnet. ²Dieselbe Lehrveranstaltung kann von einem Studierenden in einen Studiengang nur einmal eingebracht werden. ³Wahlpflicht- oder Wahlveranstaltungen, bei denen bereits im Rahmen des Bachelorstudienganges Prüfungen abgelegt worden sind und deren Ergebnis in die Gesamtnote eingegangen ist, können im Masterstudiengang nicht mehr gewählt werden.
- (3) ¹Ein Anspruch darauf, dass ein Wahlpflicht- oder Wahlmodul innerhalb einer Studienrichtung oder eines Schwerpunkts in einem Studiengang bei nicht ausreichender Anzahl von Studierenden durchgeführt wird, besteht nicht. ²Gleiches gilt, wenn der Technischen Universität

München für die Lehrveranstaltung kein geeigneter Dozent zur Verfügung steht. ³Die Studierbarkeit des angebotenen Schwerpunkts oder der Studienrichtung muss gewährleistet sein.

- (4) ¹Eine FPSO kann vorsehen, dass der individuelle Semesterstudienplan vom beauftragten Mentor unter Beteiligung des Prüfungsausschusses genehmigt werden muss. ²Die Aufgaben des Mentors sind in der FPSO zu regeln.

§ 9

Regelstudienzeiten

- (1) ¹Die Regelstudienzeit für das Bachelorstudium beträgt an der Technischen Universität München insgesamt sechs Semester. ²Abweichend von Satz 1 kann in begründeten Ausnahmefällen zur Sicherung der internationalen Attraktivität und Spitzenstellung eines bestimmten Bachelorstudiengangs die Regelstudienzeit auf maximal acht Semester festgelegt werden. ³Die Zahl der zum erfolgreichen Abschluss erforderlichen Credits beträgt in den Bachelorstudiengängen 180 Credits. ⁴Im Falle von Satz 2 ist der Creditumfang in der FPSO entsprechend anzupassen.
- (2) ¹Die Regelstudienzeit für das konsekutive Masterstudium beträgt an der Technischen Universität grundsätzlich vier Semester. ²Die Zahl der zum erfolgreichen Abschluss erforderlichen Credits beträgt in dem konsekutiven Masterstudiengang damit 120 Credits, sodass unter Einbeziehung des vorangehenden Bachelorstudiums 300 Credits erreicht werden.
- (3) ¹Die Regelstudienzeit für das nicht-konsekutive oder weiterbildende Studium an der Technischen Universität München beträgt zwei bis vier Semester. ²Die Zahl der zum erfolgreichen Abschluss erforderlichen Credits beträgt damit entsprechend 60 bis 120 Credits.

§ 10

Prüfungsfristen, Studienfortschrittskontrolle, Fristversäumnis

- (1) ¹Die Prüfungen sollen so rechtzeitig abgelegt werden, dass die in der FPSO festgelegte Creditzahl in der Bachelor- und Masterprüfung bis zum Ende der gemäß § 9 festgelegten Regelstudienzeit erworben ist. ²Um die in § 9 festgelegte Regelstudienzeit einzuhalten, soll ein Studierender pro Semester 30 Credits erwerben. ³Ein Studierender soll zielgerichtet studieren und die jeweiligen Modulprüfungen seines Fachsemesters ablegen. ⁴Es wird erwartet, dass ein Studierender pro Semester unter Beachtung der jeweiligen Auswahlregeln mindestens 20 Credits erwirbt. ⁵Der Studienfortschritt wird jedes Semester unter Beachtung der Abs. 2 bis 4 überprüft. ⁶Studierende, die die sich gemäß Satz 2 ergebende jeweilige Semester-Creditzahl um mindestens 15 Credits unterschreiten, werden verwarnet. ⁷Näheres gibt die Fakultät bzw. Studienfakultät in geeigneter Weise bekannt; insbesondere kann die FPSO vorsehen, dass Betroffene zu einem Beratungsgespräch eingeladen werden.
- (2) In Bachelor- und Masterstudiengängen ist bis zum Ende des zweiten Semesters eine in der FPSO zu bestimmende Anzahl von Modulprüfungen aus den Grundlagen des jeweiligen Studiengangs zu erbringen.
- (3) ¹In Bachelorstudiengängen sind darüber hinaus in den in der jeweiligen FPSO festgelegten Modulen
1. bis zum Ende des dritten Fachsemesters mindestens 30 Credits,
 2. bis zum Ende des vierten Fachsemesters mindestens 60 Credits,

3. bis zum Ende des fünften Fachsemesters mindestens 90 Credits,
4. bis zum Ende des sechsten Fachsemesters mindestens 120 Credits,
5. bis zum Ende des siebten Fachsemesters mindestens 150 Credits und
6. bis zum Ende des achten Fachsemesters mindestens 180 Credits
zu erbringen. ²Im Falle von § 9 Abs. 1 Satz 2 sind die Grenzen in der FPSO entsprechend anzupassen.

(4) ¹In Masterstudiengängen sind darüber hinaus in den in der jeweiligen FPSO festgelegten Modulen

1. bis zum Ende des dritten Fachsemesters mindestens 30 Credits,
2. bis zum Ende des vierten Fachsemesters mindestens 60 Credits,
3. bis zum Ende des fünften Fachsemesters mindestens 90 Credits,
4. bis zum Ende des sechsten Fachsemesters mindestens 120 Credits

zu erbringen. ²Bei einem nicht konsekutiven zwei- oder dreisemestrigen Masterstudiengang sind die Grenzen in der FPSO entsprechend anzupassen.

(5) Überschreiten Studierende die Fristen nach Abs. 2, Abs. 3 Nrn. 1 bis 5 oder Abs. 4 Nrn. 1 bis 3, gelten die noch nicht erbrachten Modulprüfungen als abgelegt und endgültig nicht bestanden, sofern nicht triftige Gründe gemäß Abs. 7 vorliegen.

(6) ¹Überschreiten Studierende die Fristen nach Abs. 3 Nr. 6 oder Abs. 4 Nr. 4, gelten die noch nicht erbrachten Modulprüfungen als abgelegt und nicht bestanden. ²Überschreiten Studierende diese Fristen um ein weiteres Semester, gelten die noch nicht erbrachten Modulprüfungen als endgültig nicht bestanden, sofern nicht triftige Gründe gem. Abs. 7 vorliegen.

(7) ¹Die Gründe für die Fristversäumnis oder den Rücktritt von einer Prüfung müssen dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. ²§ 20 ist zu beachten. ³Für den Fall, dass eine Erkrankung geltend gemacht wird, kann der Prüfungsausschuss im Einzelfall oder vor Beginn eines Prüfungstermins durch Aushang des Prüfungsausschusses und des Prüfungsamtes allgemein die Vorlage eines ärztlichen, vertrauensärztlichen oder amtsärztlichen Attestes verlangen, das Beginn und Ende der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit ausweisen muss. ⁴Die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes kann in Zweifelsfällen verlangt werden. ⁵Der Prüfungsausschuss kann Verhinderungsgründe nur für den Zeitraum anerkennen, für den sie glaubhaft gemacht oder im Fall des Satzes 2 ordnungsgemäß nachgewiesen sind. ⁶Eine vor oder während der Prüfung eingetretene Prüfungsunfähigkeit muss unverzüglich schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder beim Prüfenden geltend gemacht werden. ⁷Werden die Gründe anerkannt, so ist die Prüfung zum nächstmöglichen Termin abzulegen.

III. Form der Modulprüfung

§ 11

Art und Zeitpunkt der Prüfung

(1) ¹Als Prüfungsarten sind schriftliche Prüfungen, sonstige schriftliche Leistungen und mündliche Prüfungen, sonstige mündliche Leistungen sowie sportpraktische Prüfungen möglich. ²Bei einer in Form einer Gruppenarbeit erbrachten Prüfungsleistung muss der Beitrag des einzelnen Studierenden deutlich erkennbar und bewertbar sein.

- (2) ¹Die Termine der Prüfungen aus den einzelnen Fächern mit Zuordnung der Studierenden zu den einzelnen Prüfenden und die Prüfungsorte sind mindestens 14 Tage vor dem jeweils fälligen Prüfungstermin in geeigneter Weise bekannt zugeben. ²Ein kurzfristig aus zwingenden Gründen notwendig werdender Wechsel des Prüfenden, Prüfungstermins oder Prüfungsortes ist zulässig; er ist unverzüglich in der vorbezeichneten Weise bekannt zu geben.
- (3) ¹Die FPSOen können vorsehen, dass Prüfungen in einer Fremdsprache abgenommen werden. ²Außerdem kann die FPSO regeln, dass eine Prüfung auf Antrag des Studierenden in einer Fremdsprache abgehalten wird.

§ 12

Schriftliche, zeichnerische und sportpraktische Prüfung

- (1) ¹Schriftliche Prüfungen sind Klausuren oder sonstige schriftliche Leistungen. ²Als sonstige schriftliche Leistungen gelten z. B. Projektberichte, Hausarbeiten, Seminararbeiten, zeichnerische und gestalterische Entwürfe, Poster und Arbeitsberichte.
- (2) Studierende, die an einer schriftlichen Prüfung teilnehmen, haben sich auf Verlangen durch Vorlage des Studentenausweises (Student Card) in Verbindung mit einem amtlichen Ausweis mit Lichtbild auszuweisen.
- (3) ¹Erscheint ein Studierender verspätet zu einer Prüfung, so kann er die versäumte Zeit nicht nachholen. ²Das Verlassen des Prüfungsraumes ist nur mit Erlaubnis des Aufsichtführenden zulässig. ³Uhrzeit und Dauer der Abwesenheit werden auf der Arbeit vermerkt.
- (4) ¹Über jede schriftliche Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen und vom Aufsichtführenden zu unterzeichnen. ²In der Niederschrift sind alle Vorkommnisse einzutragen, welche für die Feststellung der Prüfungsergebnisse von Belang sind, insbesondere Vorkommnisse nach § 22.
- (5) Die zugelassenen Hilfsmittel bestimmt der jeweilige Prüfende; sie werden mindestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin bekannt gegeben.
- (6) ¹Schriftliche Prüfungsleistungen sind in der Regel durch einen Prüfenden zu bewerten. ²Prüfungsleistungen, die als nicht bestanden bewertet werden sollen, sind von zwei Prüfenden zu bewerten. ³Die Noten mehrerer Prüfender werden gemäß § 18 Abs. 11 gemittelt.
- (7) ¹Schriftliche Klausurarbeiten dauern mindestens 60 und höchstens 180 Minuten. ²Für Module im Umfang von mehr als 10 Credits kann eine Prüfungsdauer von 240 Minuten vorgesehen werden. ³Die Dauer der schriftlichen Prüfungsleistung ist in der FPSO zu regeln.
- (8) ¹Die fachlich zuständigen Prüfenden können in Abstimmung mit dem zuständigen Prüfungsausschuss Abweichungen von den in der jeweiligen Anlage zur FPSO getroffenen Festlegungen bestimmen. ²Änderungen sind zu Beginn der Lehrveranstaltung, spätestens aber vier Wochen nach Vorlesungsbeginn in geeigneter Weise bekannt zu geben. ³Melden sich nur wenige Studierende zu einer Prüfung an, so kann der Verantwortliche einer Lehrveranstaltung nach schriftlicher Bekanntgabe spätestens vier Wochen vor dem Prüfungstermin statt einer schriftlichen Prüfung eine mündliche Prüfung abhalten.
- (9) Die Abs. 2 bis 8 gelten entsprechend für zeichnerische Prüfungen.
- (10) ¹In sportpraktischen Prüfungen hat der Studierende nach Maßgabe der FPSO sportpraktische Leistungen und die Fähigkeit zur Demonstration sportspezifischer Techniken

nachzuweisen. ²Abs. 6 gilt entsprechend.

- (11) ¹Bei Bachelor- und Masterstudiengängen können Teile einer schriftlichen Prüfung in Einzelfällen in Form des Multiple-Choice-Verfahrens abgenommen werden. ²In diesem Fall sind in der FPSO Regelungen über die Tätigkeit von Prüfungsausschuss und Prüfenden bei der Aufgabenerstellung sowie über die Bestehensvoraussetzungen und Notenvergabe zu treffen. ³Die Bewertung erfolgt durch einen Prüfenden.
- (12) ¹Eine schriftliche Prüfung kann auch in elektronischer Form abgenommen werden. ²Den Studierenden wird vor der Prüfung im Rahmen der Lehrveranstaltung ausreichend Gelegenheit gegeben, sich mit dem elektronischen Prüfungssystem vertraut zu machen. ³Datenschutzrechtliche Bestimmungen sind einzuhalten.
- (13) Können Prüfungen in einem Studiengang nur an einer anderen Fakultät bzw. Studienfakultät der Technischen Universität München abgelegt werden, so gelten für die Prüfungsart und die Prüfungsdauer die Bestimmungen der entsprechenden FPSO.

§ 13 Mündliche Prüfung

- (1) ¹Mündliche Prüfungen sind mindestens von einem Prüfenden und einem fachkundigen Beisitzer durchzuführen. ²Nicht hochschulangehörige Beisitzer sind auf Vorschlag des jeweiligen Prüfenden vom Prüfungsausschuss zu bestellen. ³Die Prüfungsleistungen werden vom Prüfenden, bei mehreren Prüfenden von allen bewertet. ⁴Weichen die Noten der Prüfenden voneinander ab, so werden sie gemäß § 18 Abs. 12 gemittelt und an die Notenskala des § 17 Abs. 1 und 2 angepasst.
- (2) ¹Mündliche Einzelprüfungen dauern mindestens 20 Minuten und höchstens 60 Minuten. ²Mündliche Mehrfachprüfungen dauern mindestens 15 Minuten und höchstens 45 Minuten je Studierenden. ³§ 12 Abs. 2, 6 sowie Abs. 8 Sätze 1 und 2 gelten entsprechend.
- (3) Die wesentlichen Gegenstände der Prüfung in den einzelnen Fächern sind von einem Fachkundigen in einem Protokoll festzuhalten.
- (4) ¹Bei mündlichen Prüfungen sollen Studierende des gleichen Studienganges, die sich der gleichen Prüfung unterziehen wollen, im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten als Zuhörer zugelassen werden. ²Auf Verlangen des Studierenden werden Zuhörer ausgeschlossen. ³Der Prüfende kann Studierende des selben Prüfungssemesters als Zuhörer ausschließen. ⁴Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den Studierenden.
- (5) Als sonstige mündliche Leistungen gelten z.B. Referate, Präsentationen oder Fachbeiträge.

IV. Durchführung der Prüfung

§ 14 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen

- (1) ¹Mit der Immatrikulation in den Studiengang an der Technischen Universität München gilt der Studierende zu den Prüfungen des jeweiligen Studienganges als zugelassen, es sei denn, die

Zulassung ist nach Abs. 2 zu versagen. ²Beurlaubte Studierende können vorbehaltlich der Regelung in § 20 nicht an erstmalig abzulegenden Prüfungen teilnehmen.

- (2) Die Zulassung darf nur versagt werden, wenn
1. die in der FPSO festgelegten Zulassungsvoraussetzungen nicht vollständig erfüllt oder die hierfür vorgeschriebenen Nachweise nicht fristgemäß vorgelegt sind, oder
 2. der Studierende
 - bei einem Bachelorstudiengang die Grundlagen- und Orientierungsprüfung, Vorprüfung oder eine vergleichbare Prüfung in demselben oder in einem verwandten Studiengang oder
 - die Abschlussprüfung in demselben Studiengang endgültig nicht bestanden hat.

§ 15

Anmeldung zur Prüfung, Belegung von Modulen

- (1) ¹Zur Teilnahme an einer Prüfungsleistung in einem Pflicht- und Wahlpflichtmodul ist eine Anmeldung beim zuständigen Prüfungsausschuss erforderlich. ²Die Anmeldetermine und Anmeldeformalitäten werden in geeigneter Weise den Studierenden bekannt gegeben. ³Die FPSO kann abweichend von Satz 1 bestimmen, dass die Anmeldung zu diesen Prüfungen innerhalb eines vom jeweiligen Prüfenden festgelegten Anmeldezeitraums beim jeweiligen Prüfenden zu erfolgen hat. ⁴Zusätzlich ist vor Antritt bei diesen Prüfungen nach Satz 3 eine Meldung in der durch Aushang bekannt gegebenen Form beim zuständigen Prüfungsausschuss erforderlich.
- (2) Zur Teilnahme an einer Prüfungsleistung in einem Wahlmodul soll die Anmeldung in der durch Aushang bekannt gegebenen Form beim jeweiligen Prüfenden erfolgen.
- (3) Eine Meldung nach Abs. 1 zu einer Prüfungsleistung in einem Pflicht- und Wahlpflichtmodul gilt zugleich als bedingte Meldung zu der entsprechenden Wiederholungsprüfung zum nächstmöglichen Prüfungstermin.
- (4) Die FPSO kann vorsehen, dass Studierende, die für einen Studiengang immatrikuliert sind, zu den studienbegleitenden Prüfungen dieses Studienganges als gemeldet gelten, die zu den in der Anlage zur FPSO vorgesehenen Lehrveranstaltungen des Semesters gehören, in dem sich der Studierende befindet.
- (5) ¹Die FPSO kann eine Belegungspflicht mit Meldedefiktion für Prüfungen vorsehen. ²In diesem Fall müssen die Studierenden Module in einem in der FPSO festzulegenden Mindestumfang unter Beachtung der Erfordernisse der Studienfortschrittskontrolle gemäß § 10 Abs. 1 und eines in der FPSO zu regelnden maximalen Creditumfangs bis spätestens zwei Wochen vor Vorlesungsbeginn schriftlich belegen. ³Die Studierenden können diese Belegung bis spätestens vier Wochen nach Vorlesungsbeginn noch in dem in Satz 2 genannten Creditumfang inhaltlich modifizieren. ⁴Nach Ablauf dieser Überdenkungsfrist gelten die Studierenden zu den dazugehörigen Modulprüfungen als gemeldet. ⁵Im Falle des Nichterscheins ohne gemäß § 10 Abs. 7 anerkannte Gründe gilt die Prüfung als abgelegt und nicht bestanden. ⁶Von den in Satz 2 gemachten Credit-Festlegungen können in FPSOen für Elitestudiengänge abweichende Regelungen getroffen werden.

§ 16

Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

- (1) ¹Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die an einer inländischen Universität oder gleichgestellten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland erbracht worden sind, werden vom zuständigen Prüfungsausschuss in der Regel angerechnet, es sei denn, dass diese nicht gleichwertig sind. ²Die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland im gleichen oder einem verwandten Studiengang erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen.
- (2) Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer Fachhochschule erbracht worden sind, werden auf Antrag angerechnet, soweit sie den Anforderungen des weiteren Studiums entsprechen und inhaltlich gleichwertig sind.
- (3) ¹Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die im Rahmen einer erfolgreichen Teilnahme an einer entsprechenden Fernstudieneinheit oder durch die Teilnahme an Lehrangeboten der Virtuellen Hochschule Bayern erbracht wurden, werden angerechnet, es sei denn, dass diese nicht gleichwertig sind. Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen propädeutischer Lehrveranstaltungen werden auch durch eine einschlägige, gleichwertige Berufs- oder Schulausbildung nachgewiesen; nach Inhalt und Niveau gleichwertige Studien- und Prüfungsleistungen einer mit Erfolg abgeschlossenen Ausbildung an Fachschulen und Fachakademien werden anerkannt.
- (4) Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die an einer ausländischen Universität oder gleichgestellten Hochschule erbracht wurden, werden vom zuständigen Prüfungsausschuss in der Regel angerechnet, außer sie sind nicht gleichwertig.
- (5) ¹Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, Umfang und Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der Technischen Universität München im Wesentlichen entsprechen. ²Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. ³Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaftsverträgen zu beachten. ⁴Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der Prüfungsausschuss. ⁵Außerdem kann die Zentralstelle für das ausländische Bildungswesen bei der Kultusministerkonferenz gehört werden.
- (6) ¹Die FPSOen regeln die Anerkennung von Prüfungsleistungen, insbesondere die Höchstzahl der Credits, die angerechnet werden können. ²Der überwiegende Teil des Fachstudiums muss an der Technischen Universität München abgeleistet werden. ³Für Hochschulkooperationen oder Doppeldiplomierungsprogramme können in der FPSO davon abweichende Regelungen getroffen werden.
- (7) ¹Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen. ²Mit Ausnahme des in Abs. 1 Satz 2 geregelten Falls erfolgt die Anerkennung nur auf Antrag. ³Ein Antrag auf Anerkennung sämtlicher Prüfungsleistungen aus früheren Studien kann nur einmal und zwar innerhalb des ersten Studienjahres an der Technischen Universität München beim zuständigen Prüfungsausschuss gestellt werden.
- (8) ¹Im Transcript of Records nach § 26 werden die Noten angerechneter Prüfungen aufgeführt und bei der Gesamtnotenbildung berücksichtigt, wenn sie nach demselben Notensystem wie

an der Technischen Universität München gebildet wurden. ²Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Transcript of Records ist zulässig.

- (9) Stimmt das Notensystem an Universitäten oder an gleichgestellten Hochschulen erbrachter und von der Technischen Universität München angerechneter Prüfungen mit dem Notensystem des § 17 Abs. 1 und 2 nicht überein, werden die Noten der anderen Hochschule nach der Formel

$$x = 1 + 3 \frac{N_{\max} - Nd}{N_{\max} - N_{\min}}$$

x = gesuchte Umrechnungsnote
N_{max} = beste erzielbare Note
N_{min} = unterste Bestehensnote
Nd = erzielte Note

umgerechnet. Bei den so berechneten Noten wird nur eine Stelle hinter dem Komma berücksichtigt; eine Anpassung an die in § 17 Abs. 1 und 2 genannten Notenstufen erfolgt nicht. Abs. 8 Satz 2 gilt entsprechend.

- (10) ¹Ist eine Umrechnung nach Abs. 9 nicht möglich, so legt der Prüfungsausschuss einen entsprechenden Schlüssel für die Notenumrechnung fest. ²Abs. 8 Satz 2 gilt entsprechend.

§ 17 Bewertung der Prüfungsleistungen

- (1) ¹Der Prüfungsbewertung dürfen nur individuelle Leistungen des Studierenden zugrunde gelegt werden. ²Die Urteile über die einzelnen Prüfungsleistungen werden von dem jeweiligen Prüfenden durch folgende Noten ausgedrückt:

Note 1 "sehr gut"	= eine hervorragende Leistung;
Note 2 "gut"	= eine Leistung, die erheblich über den Durchschnittsanforderungen liegt;
Note 3 "befriedigend"	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
Note 4 "ausreichend"	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen entspricht;
Note 5 "nicht ausreichend"	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

³Ist eine Prüfungsleistung von mehreren Prüfenden zu bewerten, so gilt § 18 Abs.11. ⁴Bei der Mittelung wird eine Stelle nach dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. ⁵Gleiches gilt im Fall von § 6 Abs. 4 Satz 3.

- (2) Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können die Noten um 0,3 auf Zwischenwerte erhöht oder erniedrigt werden; die Noten 0,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(3) Die Modulnote lautet

bis 1,5	"sehr gut";
1,6 bis 2,5	"gut";
2,6 bis 3,5	"befriedigend";
3,6 bis 4,0	"ausreichend";
ab 4,1	"nicht ausreichend".

(4) ¹Die Gesamtnote wird als gewichtetes Notenmittel aller Module einschließlich des Moduls „Abschlussarbeit“ errechnet. ²Die Notengewichte der einzelnen Module entsprechen den zugeordneten Credits. ³Wurden in einem Modul nur Studienleistungen erbracht, so bleiben deren Credits bei der Bildung der Gesamtnote außer Acht. ⁴In begründeten Ausnahmefällen können in einer FPSO in beschränktem Umfang für einzelne Module besondere Gewichtungsfaktoren festgelegt werden. ⁵Hat der Studierende mehr Wahlmodule als erforderlich erfolgreich abgelegt, so muss der Studierende dem Prüfungsamt mitteilen, welche der Prüfungsleistungen in die Notenberechnung eingehen sollen. ⁶Die Mitteilung muss dem Prüfungsamt zugehen, die Wahl ist bindend. ⁷Unterbleibt eine Erklärung, so werden die besten Prüfungsleistungen bis zum in der FPSO für das jeweilige Wahlmodul definierten Creditumfangs berücksichtigt.

(5) Das Prädikat einer bestandenen Prüfung lautet

bei einer Gesamtnote bis 1,2 "mit Auszeichnung bestanden"
= eine ganz hervorragende Leistung;

bei einer Gesamtnote von 1,3 bis 1,5 "sehr gut bestanden"
= eine besonders anzuerkennende Leistung;

bei einer Gesamtnote von 1,6 bis 2,5 "gut bestanden"
= eine den Durchschnitt überragende Leistung;

bei einer Gesamtnote von 2,6 bis 3,5 "befriedigend bestanden"
= eine Leistung, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen gerecht wird;

bei einer Gesamtnote von 3,6 bis 4,0 "bestanden"
= eine Leistung, die abgesehen von einzelnen Mängeln durchschnittlichen Anforderungen entspricht.

(6) Zusätzlich zu den Noten nach Abs. 1 bis 3 werden ECTS-Grades für Modulprüfungen und für die Abschlussprüfung vergeben.

Grade A = die besten 10 % aller Studierenden, die die Prüfung erfolgreich bestanden haben,

Grade B = die nächsten 25 %,

Grade C = die nächsten 30 %,

Grade D = die nächsten 25 %,

Grade E = die nächsten 10 %.

(7) Sofern ausreichende statistische Daten zur Berechnung einer relativen Note für den

jeweiligen Studiengang noch nicht zugänglich sind, wird bis zum Aufbau einer entsprechenden Datenbasis als Übergangsregel folgende Tabelle zugrunde gelegt:

- 1,0 bis 1,5 = Grade A = "Excellent"
- 1,6 bis 2,0 = Grade B = "Very good"
- 2,1 bis 3,0 = Grade C = "Good"
- 3,1 bis 3,5 = Grade D = "Satisfactory"
- 3,6 bis 4,0 = Grade E = "Sufficient"
- 4,1 bis 5,0 = Grade F = „Fail“.

§18 Abschlussarbeit

- (1) ¹Die Abschlussarbeit ist Bestandteil der Abschlussprüfung, die in ein Modul eingebettet ist. ²Dieses Modul kann zusätzlich ein Abschlusskolloquium oder inhaltlich abgestimmte Lehrveranstaltungen mit entsprechenden Lehr- und Lernformen umfassen. ³Der Studierende muss für die Bearbeitung bis zur Abgabe der Abschlussarbeit an der Technischen Universität München in dem Studiengang immatrikuliert sein. ⁴Die Abschlussarbeit ist:

im Bachelorstudiengang die Bachelor's Thesis,
im Masterstudiengang die Master's Thesis.
- (2) ¹Die Abschlussarbeit soll zeigen, dass der Studierende in der Lage ist, eine Aufgabe selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten. ²Sie kann bei geeigneter Themenstellung auch als Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag individuell zuzuordnen ist. ³Die individuelle Zuordnung soll aufgrund von objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, beispielsweise durch die Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder inhaltlichen Schwerpunkten, erfolgen. ⁴Das Thema muss so beschaffen sein, dass es innerhalb der vorgesehenen Frist bearbeitet werden kann.
- (3) Die FPSOen regeln den Zeitpunkt der Ausgabe der Abschlussarbeit.
- (4) ¹Die Abschlussarbeit kann von jedem fachkundigen Prüfenden der Technischen Universität München ausgegeben und betreut werden. ²Die Ausgabe erfolgt über den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. ³Die Abschlussarbeit darf mit Zustimmung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule ausgeführt werden, wenn sie von einem Prüfenden der Technischen Universität München betreut werden kann.
- (5) Hat sich ein Studierender vergebens bemüht, zum vorgesehenen Zeitpunkt ein Thema für die Abschlussarbeit zu erhalten, so sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag dafür, dass er ein Thema erhält.
- (6) ¹Die FPSOen regeln die Frist innerhalb der die Abschlussarbeit anzufertigen und dem Prüfungsausschuss einzureichen ist. ²Kann der erste Ablieferungstermin aus Gründen, die der Studierende nicht zu vertreten hat, nicht eingehalten werden, so verlängert der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit um maximal die Hälfte der Bearbeitungszeit, wenn der Studierende dies vor dem ersten Ablieferungstermin beantragt und der Themensteller zustimmt. ³Weist der Studierende durch Attest nach, dass er an der Bearbeitung durch Krankheit gehindert ist, ruht die Bearbeitungszeit.
- (7) ¹Das Thema einer Abschlussarbeit kann nur einmal aus triftigen Gründen und mit Einwilligung des Prüfungsausschusses innerhalb des ersten Drittels der Bearbeitungszeit zurückgegeben

werden. ²Bei der Wiederholung der Abschlussarbeit ist eine Rückgabe des Themas nur zulässig, wenn der Studierende bei seiner ersten Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

- (8) ¹Die Abschlussarbeit kann in deutscher oder englischer Sprache abgefasst werden. ²Der Prüfungsausschuss kann die Verwendung einer anderen Sprache zulassen, wenn die fachkundige Bewertung nach Abs. 11 gewährleistet ist.
- (9) Bei der Abgabe der Arbeit hat der Studierende schriftlich zu versichern, dass er die Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.
- (10) Der Zeitpunkt der Themenstellung und der Ablieferung der Arbeit ist beim Prüfungsausschuss aktenkundig zu machen.
- (11) ¹Die Abschlussarbeit ist in der Regel durch den Themensteller der Abschlussarbeit zu bewerten. ²Abschlussarbeiten, die als nicht bestanden bewertet werden sollen, sind durch einen zweiten Prüfenden zu bewerten. ³Die Noten beider Prüfenden werden gemittelt und an die Notenskala des § 17 Abs. 1 und 2 angepasst, wobei der Mittelwert auf die Note der Skala mit dem geringsten Abstand gerundet wird. ⁴Bei gleichem Abstand zu zwei Noten der Skala ist auf die nächstbessere Note zu runden.
- (12) ¹Sollten gemäß der jeweiligen FPSO neben der Abschlussarbeit weitere Prüfungsleistungen in dem Modul erforderlich sein, so errechnet sich die Modulnote als gewichtetes Notenmittel aller im Modul zu erbringender Prüfungsleistungen. ²Die Notengewichte der einzelnen Prüfungsleistungen entsprechen den zugeordneten Credits. § 17 Abs. 1 Satz 4 gilt entsprechend.

§ 19 Nachteilsausgleich

- (1) ¹Im Prüfungsverfahren ist auf Art und Schwere einer Behinderung Rücksicht zu nehmen. ²Macht ein Studierender glaubhaft, dass er wegen lang andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann dies durch entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit oder eine andere Gestaltung des Prüfungsverfahrens ausgeglichen werden. ³Auf Verlangen ist ein ärztliches Attest vorzulegen.
- (2) Entscheidungen nach Abs. 1 trifft der zuständige Prüfungsausschuss im Einvernehmen mit dem Prüfenden.
- (3) Für mündliche Prüfungen gelten die Abs. 1 und 2 entsprechend.

§ 20 Schutzfristen nach dem Mutterschutzgesetz, Erziehungsurlaub

¹Die Inanspruchnahme der Schutzfristen entsprechen den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes sowie entsprechend den Fristen des Gesetzes zum Erziehungsgeld und zur Elternzeit (Bundeserziehungsgeldgesetz – BErzGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Februar 2004 (BGBl. I S. 206) in der jeweils gelten Fassung wird ermöglicht. ²Eine Ablegung von Prüfungen ist trotz Beurlaubung möglich, Wiederholungsprüfungen müssen nicht abgelegt werden.

§ 21 **Mängel im Prüfungsverfahren**

Mängel des Prüfungsverfahrens müssen unverzüglich schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder beim Prüfenden geltend gemacht werden.

§ 22 **Täuschung, Ordnungsverstoß**

¹Versucht der Studierende, das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet. ²Ein Studierender, der den ordnungsgemäßen Ablauf des Prüfungstermins stört, kann von dem Prüfenden oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet.

§ 23 **Bestehen und Nichtbestehen von Prüfungen**

- (1) ¹Ein Modul ist bestanden, wenn die Modulprüfung mindestens mit „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde. ²Umfasst die Modulprüfung eine Studienleistung, so setzt das Bestehen des Moduls die Bewertung der Studienleistung „mit Erfolg“ voraus.
- (2) Die Abschlussprüfung ist bestanden, wenn sämtliche in der FPSO vorgesehenen Module erfolgreich erbracht worden sind und der erforderliche Punktekontostand erreicht wurde.
- (3) Die Abschlussprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn
 1. ein Pflichtmodul oder Wahlpflichtmodul wegen Fristüberschreitung endgültig nicht bestanden worden ist,
 2. die erforderliche Anzahl an Credits in Wahlmodulen wegen Fristüberschreitung endgültig nicht mehr erreicht werden kann,
 3. sofern die FPSO diesen vorsieht, ein abzulegender Prüfungsabschnitt endgültig nicht bestanden worden ist,
 4. der erforderliche Studienfortschritt gemäß § 10 nicht nachgewiesen werden kann,
 5. die Abschlussarbeit, ein Abschlusskolloquium im zweiten Versuch nicht bestanden worden ist.

§ 24 **Wiederholung von Prüfungen**

- (1) ¹Ist eine Modulprüfung in einem Pflicht- oder Wahlpflichtmodul nicht bestanden, so muss diese Modulprüfung wiederholt werden. ²Die Wiederholungsprüfung ist in der Regel innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses abzulegen. ³Geschieht dies nicht, so gilt die Wiederholungsprüfung als abgelegt und nicht bestanden.

⁴Prüfungen in Pflicht- oder Wahlpflichtmodulen müssen bestanden sein. ⁵Die FPSO kann eine kürzere als die in Satz 2 bestimmte Frist festlegen.

- (2) ¹Für jede Modulprüfung wird mindestens eine Wiederholungsmöglichkeit angeboten. ²Dabei kann die FPSO vorsehen, dass die Wiederholungsprüfung im folgenden Semester angeboten wird, oder aber die Regelung vorsehen, dass die Wiederholung der am Ende der Vorlesungszeit stattgefundenen Prüfung noch vor Beginn der Vorlesungszeit des darauffolgenden Semesters stattfindet. ³Die Wiederholung ist auf die nicht bestandene Prüfungs- oder Studienleistung beschränkt. ⁴Bestandene Prüfungen können zur Notenverbesserung nicht wiederholt werden. ⁵Im Falle von § 6 Abs. 4 Satz 3 ist nur die nicht bestandene Modulprüfung zu wiederholen; die Note der während der Vorlesungszeit erbrachten Hausarbeit oder midterm Klausur werden bei der Benotung der Wiederholungsprüfung nicht berücksichtigt.
- (3) ¹In jedem Semester soll eine Wiederholungsmöglichkeit für nicht bestandene Prüfungen in Pflicht- und Wahlpflichtmodulen angeboten werden. ²Wird eine Wiederholungsprüfung erst nach zwei Semestern angeboten, so gelten in diesem Fall Abs. 1 Sätze 2 und 3 nicht. ³In besonderen Fällen kann auf Beschluss des Prüfungsausschusses die Wiederholungsprüfung in einer anderen Prüfungsart durchgeführt werden.
- (4) ¹Nicht bestandene Prüfungen in einem Wahlmodul können wiederholt werden. ²Diese können aber auch durch eine bestandene Prüfungsleistung in einem anderen Wahlmodul ersetzt werden.
- (5) ¹Eine nicht bestandene Modulprüfung, die im Rahmen einer nach der jeweiligen FPSO abzulegenden Grundlagen- und Orientierungsprüfung studienbegleitend abgelegt wurde, kann nur einmal wiederholt werden. ²Im Übrigen können nicht bestandene Modulprüfungen unter Beachtung der in § 10 festgelegten Fristen beliebig oft wiederholt werden. ³Dies gilt nicht bei Nichtbestehen infolge einer Täuschung oder eines Ordnungsverstoßes gem. § 22. ⁴In diesem Falle kann die nichtbestandene Prüfung nur einmal wiederholt werden. ⁵Bestandene Studienleistungen werden bei der Wiederholung der nicht bestandenen Modulprüfung für maximal zwei Wiederholungsmöglichkeiten berücksichtigt. ⁶Danach ist das ganze Modul zu den geltenden Prüfungsbestimmungen zu wiederholen.
- (6) Die Abschlussarbeit und ein Abschlusskolloquium können nur einmal wiederholt werden.
- (7) An der Technischen Universität München nicht bestandene Prüfungen können nur an der Technischen Universität München wiederholt werden.
- (8) Abweichend von Abs. 5 Sätze 2 und 3 kann eine FPSO für einen Elitestudiengang (ENB) regeln, dass nicht bestandene Prüfungen nicht wiederholt werden können.

§ 25

Zeugnis und Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) ¹Über die bestandene Abschlussprüfung wird unverzüglich ein Zeugnis entsprechend Anlagen 3 und 4 ausgestellt, das die Note und das Thema der Abschlussarbeit und die Gesamtnote enthält. ²Das Zeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder von dessen Stellvertreter zu unterzeichnen. ³Als Datum des Zeugnisses der Abschlussprüfung ist der Tag anzugeben, an dem alle Prüfungsleistungen erbracht sind.
- (2) ¹Bei endgültigem Nichtbestehen einer Prüfung erhält der Studierende auf Antrag eine vom Prüfungsamt ausgestellte Bestätigung über die von ihm erbrachten Prüfungsleistungen, die darauf hinweist, dass es sich nur um Teile einer Prüfung handelt. ²Entsprechendes gilt, wenn

ein Studierender, der Teile einer Prüfung abgelegt hat, die Technische Universität München verlässt.

- (3) ¹Auf schriftlichen und begründeten Antrag muss gemäß Art 29 Abs. 1 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses einer Prüfungsleistung dem Studierenden Einsicht in seine schriftliche Prüfungsarbeit und die darauf bezogenen Gutachten der Prüfenden sowie in die Protokolle der mündlichen Prüfungen gewährt werden. ²Der Antrag auf Einsichtnahme ist beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses spätestens binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. ³Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt im Benehmen mit dem Prüfenden Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 26

Urkunde und Diploma Supplement, Transcript of Records

- (1) ¹Nach bestandener Abschlussprüfung wird dem Kandidaten gleichzeitig mit dem Zeugnis eine Urkunde ausgehändigt, welche das Datum des Zeugnisses trägt. ²Darin wird die Verleihung des akademischen Grades beurkundet (vgl. Anlagen 1 und 2).
- (2) Die Urkunde wird vom Präsidenten unterzeichnet und mit dem Siegel der Technischen Universität München versehen.
- (3) ¹Außerdem erhält der Studierende ein englischsprachiges Diploma Supplement (vgl. Anlage 5) mit einem Transcript of Records (vgl. Anlage 6) mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. ²Im Transcript of Records werden alle bestandenen Prüfungsmodule/Modulprüfungen einschließlich der dafür vergebenen Credits und Prüfungsnoten sowohl in deutscher als auch englischer Sprache aufgenommen (Leistungsübersicht). ³Das Diploma Supplement wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet.

§ 27

Ungültigkeit von Prüfungen

- (1) Hat der Studierende bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss die Prüfung für nicht bestanden erklären.
- (2) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Hat der Studierende die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze über die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte (Art. 48 Abs. 1 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz).
- (3) ¹Ist das Nichtbestehen der Prüfung festgestellt, so ist das unrichtige Prüfungszeugnis einzuziehen. ²Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach Ablauf von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 28

Aberkennung des Abschlussgrades

Die Entziehung des Abschlussgrades richtet sich nach Art. 69 BayHSchG.

V. Prüfungsorgane und Prüfungsverwaltung

§ 29

Prüfungsausschuss, Prüfende, Prüfungsamt

- (1) ¹Die Durchführung des Prüfungsverfahrens obliegt den Prüfungsausschüssen. ²Diese treffen alle erforderlichen Entscheidungen, soweit diese nicht in dieser Prüfungsordnung den Prüfenden zugewiesen sind oder während des Prüfungsvorgangs selbst notwendig werden und deshalb von Prüfenden oder Aufsichtspersonen zu treffen sind.
- (2) ¹Die Prüfungsausschüsse bestehen aus fünf Mitgliedern, soweit nicht in den FPSOen eine größere Mitgliederzahl vorgesehen ist. ²Die Amtszeit der Mitglieder beträgt in der Regel fünf Jahre. Verlängerungen der Amtszeit sind zulässig. ³Der Fakultätsrat wählt auf Vorschlag des Dekans für jeden Prüfungsausschuss aus den prüfungsberechtigten Angehörigen des Lehrkörpers die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreter. ⁴Er wählt sodann aus dem Kreis der gewählten Mitglieder den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden. ⁵Er bestellt ferner den Schriftführer. ⁶Die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses teilt der Dekan dem Präsidenten mit.
- (3) ¹Die Prüfungsausschüsse beschließen in Sitzungen mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wenn nach schriftlicher Ladung aller Mitglieder einschließlich der Stellvertreter unter Einhaltung einer mindestens dreitägigen Ladungsfrist die Mehrheit der Mitglieder anwesend oder vertreten ist. ²Hierbei werden nicht stimmberechtigte Personen (s. Satz 5 und 6) nicht mitgezählt. ³Stimmhaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. ⁴Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. ⁵Der Ausschluss von Mitgliedern der Prüfungsausschüsse oder anderer in den FPSOen vorgesehener Gremien von der Beratung und Abstimmung in Prüfungsangelegenheiten sowie der Ausschluss von einer Prüfungstätigkeit wegen persönlicher Beteiligung bestimmt sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG in Verbindung mit Art. 20 und 21 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz. ⁶Der Schriftführer nimmt an den Sitzungen des Prüfungsausschusses ohne Stimmrecht teil.
- (4) ¹Der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Prüfungsausschusses ein. ²Bei Eilbedürftigkeit kann er eine Abstimmung im Umlaufverfahren durchführen. ³Unaufschiebbare Eilentscheidungen kann er anstelle des Prüfungsausschusses treffen; hiervon hat er dem Prüfungsausschuss unverzüglich Kenntnis zu geben.
- (5) ¹Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden. ²Er berichtet regelmäßig dem für die Studienrichtung zuständigen Fachbereich oder dem Studiendekan über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform der Studienordnungen und Prüfungsordnungen.
- (6) ¹Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden. ²Wer zum Prüfenden bestellt werden kann, richtet sich nach Art. 62 Abs. 1 Satz 2 Bayerischen Hochschulgesetz in Verbindung mit der Hochschulprüferverordnung in der jeweils geltenden Fassung. ³Scheidet ein prüfungsberechtigtes Hochschulmitglied aus, bleibt dessen Prüfungsberechtigung in der Regel bis zu einem Jahr erhalten.

- (7) ¹Die oberste organisatorische Leitung der Prüfungen obliegt dem Präsidenten der Technischen Universität. ²Bei der verwaltungsmäßigen Abwicklung der Prüfungen werden die Prüfungsausschüsse vom Prüfungsamt unterstützt.

§ 30 Punktekonto

- (1) ¹Jedem Modul wird eine bestimmte Anzahl von Credits zugeordnet. ²Diese sind ein Maß für den Arbeitsaufwand, der für die Studierenden mit der Belegung dieses Faches verbunden ist. ³Die Credits sind erbracht, wenn die entsprechende Modulprüfung mindestens mit „ausreichend“ (4,0) bewertet worden ist oder sofern eine Studienleistung erbracht wird, die als „mit Erfolg“ bewertet worden ist.
- (2) ¹Für jeden in einem Studiengang an der Technischen Universität München immatrikulierten Studierenden werden für die erbrachten Leistungen Punktekonten bei den Akten des zuständigen Prüfungsausschusses eingerichtet. ²Das Führen der Akten ist unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Bestimmungen in elektronischer Form zulässig.
- (3) Das Punktekonto enthält die Summe aller im Rahmen des jeweiligen Studiengangs erbrachten Credits.

§ 31 Mitteilung des Prüfungsergebnisses, Mitwirkungspflichten des Studierenden

¹Mitteilungen, durch die ein Studierender in seinen Rechten beeinträchtigt werden kann, bedürfen der Schriftform. ²Sie sind zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. ³Das Prüfungsamt gibt ortsüblich bekannt, ab wann Mitteilungen über Prüfungsergebnisse ausgehändigt oder elektronisch abgerufen werden können. ⁴Die Studierenden sind verpflichtet, sich anhand dieser Informationsmöglichkeiten über ihre Prüfungsergebnisse zu informieren. ⁵Nimmt der Studierende trotz dieser Unterrichtungsmöglichkeit keine Kenntnis, so gilt die Mitteilung über das Prüfungsergebnis zwei Wochen nach dem in Satz 2 genannten Zeitpunkt als zugegangen. ⁶Wurde ein Modul und damit die Abschlussprüfung endgültig nicht bestanden, so ist durch das Prüfungsamt ein schriftlicher Bescheid mit Angaben aller Prüfungsleistungen und den Gründen für das endgültige Nichtbestehen der Prüfung per Post zu erteilen. ⁷Dieser Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung nach Anlage 7 zu versehen.

VI. Schlussvorschriften

§ 32 Übergangsbestimmungen

- (1) Diese Prüfungs- und Studienordnung gilt für alle Studierenden, die sich nach ihrem In-Kraft-Treten ab Wintersemester 2007/08 erstmals zu einer Prüfung in einem Bachelor- oder Masterstudiengang anmelden, sofern die jeweilige FPSO auf der Grundlage des Eckpunktepapiers der Technischen Universität München vom 31. Januar 2007 zum Wintersemester 2007/08 erlassen worden ist.

- (2) Studierende, die ihr Fachstudium vor dem Wintersemester 2007/08 an der Technischen Universität München aufgenommen haben, legen ihre Prüfungen nach der geltenden Fachprüfungsordnung in Verbindung mit der für diese bisher gültigen Allgemeinen Diplomprüfungsordnung der Technischen Universität München vom 4. November 1999 (KWMBI II 2000 S. 665) in der jeweils gültigen Fassung ab.
- (3) Fachprüfungsordnungen für Bachelor- und Masterstudiengänge, die vor dem in Abs. 1 genannten Zeitpunkt erlassen worden sind, sind an diese Satzung bis spätestens zum Sommersemester 2012 anzupassen.
- (4) Die Anlagen zu dieser Satzung werden, mit Ausnahme der Anlage 7, durch eine Änderungssatzung erlassen.

§ 33 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2007 in Kraft.

Anlage 7

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Technischen Universität München, Arcisstraße 21, 80290 München, einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München, Bayerstraße 30, 80335 München schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Technische Universität München, soweit die Exmatrikulation angegriffen wird, der Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München, Bayerstraße 30, 80335 München schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts zu erheben. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Technische Universität München, soweit die Exmatrikulation angegriffen wird, der Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes der Verwaltungsgerichtsordnung wurde im Bereich des Prüfungsrechts ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Widerspruchseinlegung und Klageerhebung durch E-Mail sind unzulässig.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Akademischen Senats der Technischen Universität München vom 11. Juli 2007 sowie der Genehmigung durch den Präsidenten der Technischen Universität München vom 15. Oktober 2007.

München, den 15. Oktober 2007
Technischen Universität München

Wolfgang A. Herrmann
Präsident

Diese Satzung wurde am 15. Oktober 2007 in der Hochschule niedergelegt; die Niederlegung wurde am 15. Oktober 2007 durch Anschlag in der Hochschule bekannt gemacht. Tag der Bekanntmachung ist daher der 15. Oktober 2007.